

Antrag Nr. 22-F-63-0055

Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke

Betreff:

Gleichstellungsgrundsatz in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 22.06.2022 -

Antragstext:

Frauen haben Jahrhunderte für Gleichberechtigung gekämpft. Jede Frau muss selbst bestimmen können, wie sie sich kleidet. Diese Freiheit ist auch heute noch vielerorts eingeschränkt. Kleidervorschriften, die diskriminieren, sind grundsätzlich zu verurteilen.

Im August 2021 hatte sich eine non-binäre Person in einem Göttinger Schwimmbad geweigert, ihre Brust zu bekleiden und erhielt daraufhin ein Hausverbot. Ausgelöst durch die Diskussion in Göttingen, stehen bundesweit Bekleidungsregeln in Schwimmbädern auf dem Prüfstand.

In Göttingen wird derzeit an Wochenenden das Tragen eines Oberteils als Badebekleidung allen Besucher*innen der kommunalen Schwimmbäder freigestellt. Einem aktuellen Pressebericht zur Folge beobachtet Wiesbaden die Testphase mit großem Interesse. Demnach strebt die Betriebskommission der mattiaqua zu gegebener Zeit einen Austausch mit den Kolleg*innen der Göttinger Bäderbetriebe an und plant, die getroffenen Erkenntnisse für die hiesigen Bäder im Herbst zu diskutieren.¹

Grundsätzlich sollte nicht nur über das Tragen eines Badeoberteils frei entschieden werden. Nach Meinung der Rechtsanwältin Leonie Thum sollten alle Brüste nach dem Gesetz her gleich sein. Die unterschiedliche Behandlung aufgrund sekundärer Geschlechtsmerkmale stellt eine Diskriminierung dar.² Möchten hingegen Körperteile bedeckt werden, dann muss auch dies frei entschieden werden dürfen und das Tragen eines Burkinis gestattet sein. In der Wiesbadener Haus- und Badeordnung ist dieses Recht für verschiedene Bäder geregelt und das Tragen von Burkinis ausdrücklich gestattet.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, ob Badebesucher*innen in Wiesbaden auf das Tragen eines Oberteils verzichten.
2. Zu berichten, ob die Badebekleidung bei Badegästen in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern kontrolliert wird.
 - 2.1 Falls ja, was bei Missachtung der bestehenden Regelungen passiert
 - 2.2 Falls eine Sanktionierung erfolgt, über den Umgang mit non-binären, inter oder

¹ https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/gottingen-als-vorbild-oben-ohne-ins-freibad_25582714

² <https://www.deutschlandfunkkultur.de/oben-ohne-thum-100.html#:~:text=%E2%80%9ENach%20dem%20Gesetz%20sollten%20alle%20Br%C3%BCste%20gleich%20sein%E2%80%9C%2C%20sagt,Geschlechtsmerkmale%20stelle%20eine%20Diskriminierung%20dar.>

Antrag Nr. 22-F-63-0055 Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke

trans* Personen zu berichten.

3. Ein Gespräch mit der LGBTIQ-Koordinierungsstelle zu führen, um so die Möglichkeit zu schaffen, Erfahrungsberichte der Community zu eruieren.
4. Den Erfahrungsbericht des Göttinger Modells, das auf 3 Monate befristet ist, anzufordern, auszuwerten und im Ausschuss zu berichten und ferner über Erfahrungswerte weiterer Kommunen hinsichtlich einer oberkörperfreien Badebekleidung zu berichten.
 - 4.1 Nach erfolgter Berichterstattung zu prüfen, ob die Badeordnung der Wiesbadener Frei- und Hallenbäder bestmöglich hinsichtlich eines Gleichstellungsgrundsatzes angepasst werden kann mit dem Ziel, allen Menschen schnellstmöglich das Recht einzuräumen, sich mit unbedecktem Oberkörper in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern aufzuhalten und zu schwimmen/baden.

Wiesbaden, 22.06.2022

Janine (Maria) Vinha
Fachsprecherin
Volt Fraktion

Nele Siedenburg
Fachsprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Hoffmann-Fessner
Fachsprecherin
SPD

Mechthilde Coigné
Fachsprecherin
Die Linke

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin
Volt Fraktion

Julia Beltz
Fraktionsreferentin
Bündnis 90/Die Grünen

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
SPD

Julia Seidel
Fraktionsreferentin
Die Linke